



Frankfurt Assistance Centre:
 +49 (0)6102 3588 100
securitysupport@internationalsos.com
<https://www.internationalsos.de/>

Globale Sicherheit

—

Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 02

Übersicht

Vereinigtes Königreich

Weiterhin Beschränkungen bei Reisen vom und ins Vereinigte Königreich

Frankreich

Anhaltende Proteste zum vorgeschlagenen Gesetz zur „globalen Sicherheit“

Spanien

Kurzfristige Implementierung neuer COVID-19-Maßnahmen möglich

Israel

Zunahme der Kriminalität könnte zu weiteren Protesten führen

Türkei

Studentenproteste werden voraussichtlich keine weitreichenden Unruhen auslösen

Sudan

Proteste aufgrund des Normalisierungsabkommens mit Israel möglich

Regional – Südafrika, Mosambik, Simbabwe

Staus an den Grenzen zwischen Südafrika und Mosambik sowie Simbabwe

Kenia

Erhöhte Wachsamkeit aufgrund des Jahrestags terroristischer Angriffe

Hongkong

Jüngste Verhaftungen unterstreichen die Notwendigkeit, Verstöße gegen das NSL zu verhindern

Indien

Keine Einigung im Konflikt um Landwirtschaftsgesetze

Vereinigte Staaten von Amerika

Anhaltende politische Krise beeinflusst das Sicherheitsumfeld

Globale Sicherheit – Ihr wöchentlicher Ausblick
 Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert, die in den kommenden Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

Europa & Zentralasien

Vereinigtes Königreich

Weiterhin Beschränkungen bei Reisen vom und ins Vereinigte Königreich

Reisende aus dem Vereinigten Königreich müssen in den kommenden Wochen weiterhin mit Reisebeschränkungen rechnen. Im Dezember 2020 wurden in vielen Ländern strenge Maßnahmen aufgrund einer neuen Variante des Stammes von COVID-19 eingeführt. Viele davon wurden inzwischen durch Regelungen ersetzt, die Nicht-Einwohnern die Einreise nur aus essentiellen Gründen erlauben, unter anderem in Belgien, Frankreich und Italien. Flugverbote aus dem Vereinigten Königreich unter anderem nach Deutschland, Spanien und Schweden bleiben in der kommenden Woche bestehen, werden aber voraussichtlich Ende Januar wieder aufgehoben.

Außerdem erschwert das Ende der Brexit-Übergangszeit am 31. Dezember 2020 das Reisen in Europa zusätzlich. Britische Staatsangehörige dürfen zum Beispiel nicht mehr ohne Ausnahmegenehmigung nach Norwegen und in die Schweiz einreisen. EU-Bürger mit Wohnsitz im Vereinigten Königreich können von einigen der Beschränkungen ausgenommen werden. Reisende und Unternehmen sollten die für ihren Status geltenden spezifischen Maßnahmen prüfen.

Der Reiseverkehr zwischen dem Vereinigten Königreich und außereuropäischen Ländern bleibt ebenfalls eingeschränkt. Unter anderem haben Kuwait und Marokko die Einreise für Reisende

aus dem Vereinigten Königreich bis auf weiteres untersagt, während Tunesien eine spezielle Genehmigung verlangt, um Reisen zu ermöglichen.

Auch die Einreise ins Vereinigte Königreich ist von neuen Beschränkungen betroffen. England verhängt ein Einreiseverbot für Reisende, die in den letzten zehn Tagen aus oder durch ein Land im südlichen Afrika gereist sind, darunter Angola, Botswana, Eswatini, Lesotho, Malawi, Mosambik, Namibia, Sambia und Simbabwe sowie Mauritius und die Seychellen. England und Schottland werden außerdem verpflichtende PCR-Tests vor Reisen einführen, Wales und Nordirland werden voraussichtlich folgen.

Unternehmen sollten sich über den Status der COVID-19-Beschränkungen für Einreisen aus dem Vereinigten Königreich und für britische Staatsangehörige informieren und sicherstellen, dass alle Reisenden vor der Reise über die entsprechenden Einreisebestimmungen informiert sind. Sie sollten nicht nur die Nationalität des Reisenden, sondern auch das Wohnsitzland berücksichtigen, wenn sie sich über die entsprechenden Beschränkungen informieren, da diese die Reisefähigkeit beeinflussen könnten.

Frankreich

Anhaltende Proteste zum vorgeschlagenen Gesetz zur „globalen Sicherheit“

Trotz abnehmender Häufigkeit und Teilnehmerzahlen erwarten wir, dass die Proteste gegen die vorgeschlagenen Sicherheitsgesetze in dieser Woche anhalten werden, verschärft durch Beschwerden bzgl. COVID-19 und jüngster Vorfälle wahrgenommener Polizeibrutalität. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Konfrontationen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten in größeren Städten wahrscheinlich sind. Kundgebungen in kleineren Stadtzentren können zu lokalen Störungen führen (siehe unseren separaten Frankreich-Alert für Details zu geplanten Demonstrationen). Alle derartigen Versammlungen sollten vorsichtshalber vermieden werden.

Die Spannungen bzgl. des vorgeschlagenen Gesetzes zur "globalen Sicherheit" werden durch die Wahrnehmung genährt, dass es die Meinungsfreiheit untergräbt und Versuche behindert, Strafverfolgungsbeamte zur Verantwortung zu ziehen. Besondere Bedenken wurden bezüglich der Artikel 21, 22 und 24 des Gesetzes geäußert. Letzterer sieht Geldstrafen und mögliche Haftstrafen für

die Verbreitung von Fotos und Videoaufnahmen vor, die zur Identifizierung von Polizeibeamten und Gendarmen "mit der Absicht, Schaden anzurichten", verwendet werden können. Die damit verbundenen Spannungen wurden durch jüngste Vorfälle von wahrgenommener Polizeibrutalität sowie durch ein kürzlich verabschiedetes Gesetz verschärft, das den Umfang der Informationen erweitert, die zu den polizeilichen Geheimdienstakten hinzugefügt werden können.

Seit Anfang Januar gibt es wieder kleinere Proteste. Mehrere Gruppen haben zu großen landesweiten Demonstrationen am 16. und 30. Januar aufgerufen. Kleinere Kundgebungen sind in den kommenden Wochen zu erwarten. Während die Proteste in kleineren städtischen Zentren wahrscheinlich friedlich verlaufen werden, kann es bei Versammlungen in größeren Städten angesichts der erhöhten Polizeipräsenz und der Durchsetzung der COVID-19-Beschränkungen für Versammlungen, zu lokalen Unruhen kommen. Die Polizei wird wahrscheinlich harte Maßnahmen zur Kontrolle der Menschenmenge einsetzen, um Demonstranten zu vertreiben, wie zum Beispiel Wasserwerfer und Tränengas. In der Zwischenzeit werden die Behörden voraussichtlich den Zugang zu Verkehrsknotenpunkten in der Nähe der geplanten Proteste einschränken.

Spanien

Kurzfristige Implementierung neuer COVID-19-Maßnahmen möglich

Es wird erwartet, dass die spanischen Regionalbehörden auch in den kommenden Wochen kurzfristige Änderungen an den COVID-19-Maßnahmen vornehmen werden. Trotz strikter Maßnahmen im Dezember 2020 vor den saisonalen Feiertagen wurden seit dem 4. Januar neue Beschränkungen eingeführt. Die Maßnahmen variieren zwischen den autonomen Gemeinschaften. Reisende und Personal sollten sich die COVID-19-Informationen auf der Pandemie-Informationssseite ansehen, um alle Details der regionalen Einschränkungen zu erfahren.

Die Behörden haben Maßnahmen für das soziale Leben eingeschränkt, um wirtschaftliche Auswirkungen zu vermeiden. Neben Maßnahmen für das Gastgewerbe und nicht lebensnotwendige Geschäfte haben die meisten autonomen Gemeinschaften strenge

Bewegungsbeschränkungen eingeführt. Sie haben eine nächtliche Ausgangssperre von 22.00 bis 06.00 Uhr verhängt sowie ein Reiseverbot zwischen Gemeinden und Regionen.

Während essenzielle Reisen weiterhin möglich sind, wird jede plötzliche Wiedereinführung von COVID-19-Beschränkungen voraussichtlich zu Reiseunterbrechungen führen und Geschäftsabläufe beeinträchtigen. Unternehmen sollten sicherstellen, dass Business Continuity Pläne, Betriebspläne und Entscheidungsfindungsprozesse flexibel bleiben und auf die kurzfristige Wiedereinführung lokaler Reisebeschränkungen abgestimmt sind.

Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

Israel

Zunahme der Kriminalität könnte zu weiteren Protesten führen

Weitere Proteste wegen der wahrgenommenen Unsicherheit und der Untätigkeit der Polizei in Israel in den kommenden Wochen sollten erwartet und von Reisenden im Land vorsichtshalber vermieden werden. Allein im Bezirk Haifa wurden seit Anfang des Jahres drei arabische Israelis getötet. Am 6. Januar, nach der Beerdigung eines der Opfer, fand ein Protest von Mitgliedern arabischer Gemeinden gegen die Untätigkeit der Regierung im Kampf gegen die zunehmende Kriminalität in israelisch-arabischen Gemeinden statt. Der Protest wurde von der Polizei mit Tränengas, Wasserwerfern und Betäubungsgranaten gewaltsam aufgelöst.

In den letzten Jahren haben sich kriminelle Gruppen in den israelisch-arabischen Gemeinden ausgebreitet und Einfluss auf bestimmte Gebiete gewonnen, die von staatlichen Behörden und der Polizei geräumt wurden. Die Kriminalität in diesen Gemeinden erreichte im Jahr 2020 mit über 96 Tötungsdelikten an arabisch-israelischen Bürgern einen Zwei-Dekaden-Höhepunkt. Während die nördlichen Regionen des Landes am meisten von möglichen Protesten betroffen sind, könnte ein weiterer Anstieg der Kriminalität in anderen arabischen Gemeinden im ganzen Land ähnliche Ereignisse auslösen.

Bis heute sind ähnliche Proteste, wie sie am 6. Januar zu beobachten waren, auf die lokale Ebene beschränkt geblieben. Der Anstieg der Kriminalität kommt jedoch vor dem Hintergrund einer angeblich jahrzehntelangen systemischen Diskriminierung von Israel-Arabern, die sich auf die Bereiche Wohnen, Arbeit und Bildung auswirkt. Weitere Frustration über die Untätigkeit der Regierung könnte größere Demonstrationen auslösen, insbesondere im Vorfeld der Parlamentswahlen am 23. März. Unternehmen sollten die Situation genau beobachten und Mitarbeitern, die sich in Israel aufhalten oder eine Reise dorthin planen, weiterhin raten, alle damit verbundenen Versammlungen zu vermeiden.

Türkei

Studentenproteste werden voraussichtlich keine weitreichenden Unruhen auslösen

Eine Reihe von Studentenprotesten gegen die umstrittene Ernennung eines neuen Rektors an der Bogazici-Universität wird auch in den kommenden Wochen stattfinden, jedoch voraussichtlich nicht zu weitreichenden Unruhen führen. Die Behörden werden Demonstrationen verbieten, um die Bemühungen der Demonstranten zu unterdrücken, was die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass harte Maßnahmen eingesetzt werden, um die Menschenmenge zu zerstreuen. Allerdings wird jedes harte Durchgreifen die zugrundeliegenden Beschwerden der Bevölkerung gegen die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan verstärken und das Risiko weiterer Unruhen auf mittlere bis lange Sicht erhöhen.

Die Proteste brachen aus, nachdem Erdogan am 1. Januar Melih Bulu zum neuen Rektor der prestigeträchtigen Bogazici Universität in der Provinz Istanbul ernannt hatte. Ähnliche Versammlungen – die von mehreren Studentengruppen, Gewerkschaften und minderheitenfreundlichen Vereinen unterstützt wurden – gab es auch in Istanbul, der Hauptstadt Ankara und Izmir. Mindestens 40 Personen wurden verhaftet, während die Sicherheitskräfte Pfefferspray, Wasserwerfer und Gummigeschosse einsetzten, um die Menschenmenge zu zerstreuen.

Die Behörden werden auch in den kommenden Wochen die Absicht und die Fähigkeit haben, gegen Proteste vorzugehen. Versammlungen werden aufgelöst, wenn sie als Verstoß gegen die Beschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie angesehen werden. Die

Teilnehmer werden wahrscheinlich als Sympathisanten verbotener Gruppen dargestellt werden. In der Tat beschuldigte Erdogan am 9. Januar die Protestbewegung, von mit dem Terrorismus verbundenen Elementen angeführt zu werden. Mehrere der verhafteten Demonstranten wurden von den Behörden beschuldigt, mit der verbotenen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu sympathisieren.

Die Behörden werden präventiv die Sicherheitsmaßnahmen rund um Brennpunkte für Versammlungen in größeren städtischen Zentren erhöhen, darunter Universitätsgelände, öffentliche Plätze und Gewerkschaftsbüros. Die Sicherheitskräfte werden nicht genehmigte Menschenmengen unter dem Vorwand auseinandertreiben, dass sie gegen die mit COVID-19 verbundenen Beschränkungen verstoßen. Während es unwahrscheinlich ist, dass ausländische Staatsangehörige während der Proteste zur Zielscheibe werden, besteht für sie das Risiko, in der Nähe von Zusammenstößen zwischen Teilnehmern und Sicherheitskräften erwischt zu werden.

In der Zwischenzeit werden die Demonstranten die Ernennung von Bulu, die mit Erdogans regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AK-Partei) verbunden ist, als einen Versuch wahrnehmen, die akademische Freiheit einzuschränken. Dies wird zu der weit verbreiteten Wahrnehmung eines allgemeinen Vorgehens gegen Andersdenkende seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 beitragen, der die Verhaftung von Tausenden von Staatsbediensteten, Militärs und Akademikern zur Folge hatte. Langanhaltende politische Missstände sowie wachsende Sorgen um die türkische Wirtschaft werden das Risiko weiterer Unruhen in den kommenden Monaten erhöhen.

Unternehmen sollten die lokalen Medien verfolgen, um über die neuesten Entwicklungen vor Ort auf dem Laufenden zu bleiben. Mitarbeiter im Land sollten es vermeiden, sich an politisch kontroversen Debatten zu beteiligen, sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf privaten Social-Media-Kanälen. Sie sollten Proteste vorsichtshalber meiden, mit erhöhter Sicherheitspräsenz in der Nähe betroffener Gebiete rechnen und alle offiziellen Anweisungen befolgen. Einheimische und Journalisten, die an Versammlungen teilnehmen, sollten Vorsicht walten lassen und sich für den Notfall Zugang zu zuverlässigen Kommunikationsmitteln sichern.

Sudan

Proteste aufgrund des Normalisierungsabkommens mit Israel möglich

Das Normalisierungsabkommen des Sudan mit Israel wird den Unmut im Lande über die Übergangsbehörden verschärfen und in den kommenden Wochen zu regelmäßigen Protesten führen. Die Sicherheitskräfte werden schnell handeln, um alle damit verbundenen Versammlungen einzudämmen, was zu Zusammenstößen mit den Teilnehmern führen kann. Ausländische Staatsangehörige könnten sich in Gefahr begeben, wenn sie sich in der Nähe der Unruhen aufhalten.

Der sudanesische Justizminister Nasereldin Abdelbari und US-Finanzminister Steve Mnuchin haben am 6. Januar während einer Zeremonie in der US-Botschaft in der Hauptstadt Khartum das Abraham-Abkommen unterzeichnet, das die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Sudan und Israel vorsieht. Ursprünglich im Oktober 2020 angekündigt, wurde die Entscheidung von mehreren politischen Parteien angeprangert, darunter die Nationale Umma, die sudanesische Baath- und die Volkskongresspartei.

Die Teilnahme des Sudans am Abraham-Abkommen bringt erhebliche wirtschaftliche Unterstützung mit sich. Im Dezember 2020 haben die USA den Sudan offiziell von der Liste der staatlichen Sponsoren des Terrors gestrichen, was für das Land vor dem Hintergrund des anhaltenden wirtschaftlichen Abschwungs eine erhebliche Hürde beim Zugang zu internationaler Finanzhilfe darstellte. Darüber hinaus haben die USA dem Sudan einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar angeboten, um dem Land zu helfen, seine Schulden bei der Weltbank zu verringern.

Die Vorteile des Abkommens werden zwar den wirtschaftlichen Druck auf die Übergangsbehörden – einschließlich des derzeit vom Militär dominierten Souveränen Rates und der Regierung von Premierminister Abdalla Hamdok – etwas lindern, aber auch die innenpolitischen Spannungen im Land verschärfen, da der politische Übergang noch nicht abgeschlossen ist. Der Hauptstreitpunkt wird sich darauf konzentrieren, ob die Behörden außerhalb ihrer Zuständigkeit gehandelt haben, insbesondere in Ermangelung eines gewählten Legislativrates - dessen Bildung sich wiederholt verzögert hat - um das Abkommen zu ratifizieren.

In den kommenden Wochen ist mit regelmäßigen und lokal begrenzten Demonstrationen zu diesem Thema zu rechnen, insbesondere bei Besuchen von israelischen diplomatischen und Wirtschaftsdelegationen. Zu den Brennpunkten für Versammlungen gehören öffentliche Plätze, Universitätsgelände und Moscheen nach dem Freitag-nachmittagsgebet. Die Sicherheitskräfte werden schnell handeln, um störende und/oder nicht genehmigte Versammlungen einzudämmen und möglicherweise gewaltsame Maßnahmen anwenden, um Menschenmengen zu zerstreuen. Für ausländische Staatsangehörige besteht ein gewisses Risiko, wenn sie sich in der Nähe möglicher Zusammenstöße aufhalten.

Mitarbeiter im Land sollten sich mit ihren lokalen Ansprechpartnern in Verbindung setzen, um sich über die neuesten Entwicklungen, einschließlich der Zeitpunkte und Orte geplanter und/oder laufender Demonstrationen in ihrem Gebiet, zu informieren. Rechnen Sie mit einer erhöhten Präsenz von Sicherheitskräften rund um Versammlungen und Ad-hoc-Bewegungseinschränkungen. Reisende und Personal sollten vorsichtshalber alle Proteste meiden, sich vor der Abreise die Statuten der Routen bestätigen lassen und zusätzliche Zeit für Fahrten einplanen.

Afrika

Regional

Staus an den Grenzen zwischen Südafrika und Mosambik sowie Simbabwe

An mehreren Grenzübergängen zwischen Mosambik und Südafrika sowie Simbabwe und Südafrika haben sich schwere Staus gebildet, verursacht durch zunehmend restriktive Maßnahmen, die von den Ländern des südlichen Afrikas aufgrund von Berichten über neue Varianten des COVID-19-Stammes eingeführt wurden. Der Rückstau und die Verzögerungen haben zu Verwirrung und Chaos geführt, da sich lange Auto- und LKW-Schlangen auf beiden Seiten der Grenzen gebildet haben; es gab auch Berichte über erhöhte Kriminalität aufgrund der Verzögerungen. Es ist zu erwarten, dass die Unsicherheit in diesen Grenzregionen weiter anhält, bis eine Lösung für den Rückstau gefunden ist.

Die südafrikanischen Behörden kündigten am 29. Dezember verschärfte interne Beschränkungen und Einreisebestimmungen an. Zu den neuen Restriktionen gehört eine landesweite nächtliche Ausgangssperre zwischen 21.00 und 06.00 Uhr, die eine Schließung der Grenzen beinhaltet. Darüber hinaus müssen alle Einreisenden ein negatives COVID-19-Ergebnis vorweisen, das nicht älter als 72 Stunden ist.

Diese Entscheidung führte zu schweren Staus am Grenzübergang Lebombo zwischen Südafrika und Mosambik. Hunderte von Menschen, die versuchten, nach Südafrika einzureisen, wurden abgewiesen, weil ihre negativen COVID-19-Bescheinigungen, die ursprünglich innerhalb von 14 Tagen vor der Ausreise akzeptiert wurden, nicht mehr gültig waren. Um dieser Situation zu begegnen, richtete Mosambik auf seiner Seite der Grenze COVID-19-Schnelltests ein. Die südafrikanischen Behörden lehnten jedoch die auf der mosambikanischen Seite durchgeführten Schnelltests ab und forderten die Reisenden auf, einen weiteren PCR-Test auf der südafrikanischen Seite der Grenze zu machen. Folglich verweigerten die mosambikanischen Behörden allen Reisenden mit einem südafrikanischen COVID-19-Schnelltestergebnis die Einreise ins Land.

Auch am Grenzübergang Beitbridge zwischen Südafrika und Simbabwe kam es zu schweren Überlastungen. Am 2. Januar kündigten die

simbabwischen Behörden an, dass das Land für 30 Tage abgeriegelt werden würde. Zu den neuen Einschränkungen gehörten die Schließung der Landgrenzen und eine Ausgangssperre von 18.00 bis 06.00 Uhr. Die Ankündigung führte dazu, dass Hunderte von Menschen versuchten, Simbabwe in Richtung Südafrika zu verlassen und den Grenzübergang Beitbridge überfüllten. Der Zustrom von Menschen, die versuchten, aus Simbabwe nach Südafrika einzureisen, führte zu einem erheblichen Rückstau bei der Bearbeitung der Dokumente und der COVID-19-Tests und -Screenings. Die Menschen sitzen seit Tagen in ihren Fahrzeugen fest. Es gab Berichte über gewalttätige Auseinandersetzungen, als einige LKWs versuchten, die Warteschlange zu umgehen, sowie mehrere Fälle, in denen Menschen ausgeraubt wurden, während sie in der Warteschlange warteten.

Neue Reisebeschränkungen werden auch in den kommenden Tagen für Störungen an den Grenzübergängen zu Südafrika sorgen. Unternehmen, die Mitarbeiter oder Entsandte in Mosambik, Südafrika und Simbabwe haben, sollten diese ermutigen, ihre Reiserouten angesichts der neuen Beschränkungen neu zu bestätigen und die Entwicklungen vor Ort zu beobachten, um über die neuesten Ereignisse informiert zu bleiben. Passen Sie länderspezifische Business-Continuity-Pläne und Eskalationspläne an, um auf neue Maßnahmen zu reagieren. Das Personal im Land sollte sich an alle offiziellen Anweisungen und Einschränkungen halten, einschließlich des Ausharrens an einem sicheren Ort während der Ausgangssperre.

Kenia

Erhöhte Wachsamkeit aufgrund des Jahrestags terroristischer Angriffe

In den kommenden Tagen dürften die Sicherheitsmaßnahmen vor allem in der Hauptstadt Nairobi im Vorfeld des zweiten Jahrestages der Terroranschläge vom 15. und 16. Januar erhöht werden. Im Januar 2019 griffen Mitglieder der in Somalia ansässigen islamistischen Extremistenbewegung al-Shabab den 14 Riverside Drive Complex an und zielten auf das DusitD2-Hotel. Mindestens 21 Menschen wurden getötet und 30 weitere verletzt. Unter den Getöteten waren auch zwei ausländische Staatsangehörige. Das Datum fällt außerdem mit dem fünften Jahrestag eines bedeutenden Angriffs auf kenianische Truppen in El Adde (Somalia) zusammen. Für beide Vorfälle sind lokale Gedenkveranstaltungen möglich, allerdings gibt es keine offiziellen Ankündigungen. Obwohl Somalia die Hauptbasis von al-Shabab bleibt, unterstreichen diese Ereignisse die Absicht und die Fähigkeiten der Gruppe, grenzüberschreitende Angriffe durchzuführen.

Jahrestage werden oft mit einem vermeintlich größeren Risiko terroristischer Aktivitäten in Verbindung gebracht. Der bisherige Trend der von al-Shabab in Kenia verübten Anschläge deutet jedoch nicht darauf hin, dass die Gruppe bestimmten Daten Bedeutung beimisst. Nichtsdestotrotz bleibt al-Shabab eine ernsthafte Bedrohung im Land und unterstreicht die Notwendigkeit, dass ausländische Reisende und Mitarbeiter im Land wachsam gegenüber der von der Gruppe ausgehenden Gefahr bleiben sollten.

Diese Bedrohung wird durch die jüngste Zunahme von Angriffen mutmaßlicher al-Shabab-Kämpfer in den kenianischen Bezirken, die an Somalia grenzen, unterstrichen. Am 20. Dezember 2020 wurde ein Polizeifahrzeug, das Passagierbusse zwischen Lamu und Garsen (Bezirk Tana River) eskortierte, angegriffen. Diesem Vorfall ging ein Angriff auf einen Krankenwagen durch mutmaßliche al-Shabab-Kämpfer in der Nacht vom 29. zum 30. Dezember 2020 im Bezirk Mandera voraus, bei dem eine Person getötet und zwei weitere verletzt wurden.

Obwohl die Sicherheitskräfte häufig Antiterroroperationen durchführen, ist es wahrscheinlich, dass al-Shabab mittel- bis langfristig weiterhin ähnliche Angriffe in den an Somalia angrenzenden Bezirken verüben wird. Darüber hinaus

werden mehrere Faktoren die Gruppe dazu veranlassen, weiterhin hochkarätige Operationen zu planen, die auf kenianische und westliche Interessen in Großstädten abzielen. Zu diesen Faktoren gehören die fortgesetzte Unterstützung Kenias für die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM), die durchlässige kenianisch-somalische Grenze und die schlechte Sicherheitslage in den abgelegenen Gebieten Kenias.

Am 15. und 16. Januar werden die Sicherheitsvorkehrungen an prominenten Veranstaltungsorten in Nairobi und anderen großen städtischen Zentren verschärft. Die verschärften Sicherheitsmaßnahmen werden wahrscheinlich zu einer gewissen Störung des Reiseverkehrs führen. Reisen wird empfohlen, zusätzliche Zeit für Reisen einzuplanen. Halten Sie sich möglichst wenig in der Nähe von Regierungsgebäuden, diplomatischen Vertretungen und Einrichtungen der Sicherheitskräfte auf und seien Sie besonders wachsam in der Nähe von "weichen" zivilen Zielen wie Hotels, Einkaufszentren, Märkten, überfüllten Restaurants oder Gedenkveranstaltungen.

Asien & die Pazifikregion

Hongkong

Jüngste Verhaftungen unterstreichen die Notwendigkeit, Verstöße gegen das NSL zu verhindern

Die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Nationalen Sicherheitsgesetzes (NSL) unterstreichen die anhaltende Notwendigkeit für alle Mitarbeiter in Hongkong, mögliche Verstöße zu vermeiden, insbesondere Handlungen, die als Unterstützung von Aktivisten oder Demonstranten ausgelegt werden könnten. Am 6. Januar wurden 53 regierungsfeindliche Aktivisten, darunter ein Ausländer mit US-Staatsbürgerschaft, wegen angeblicher Subversionsvorwürfe unter dem NSL verhaftet, und zwar im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Abhaltung einer inoffiziellen Vorwahl Monate vor den im September 2020 angesetzten Wahlen zum Legislativrat. Die Verhaftung des US-Bürgers belegt zum ersten Mal, dass auch Ausländer unter der NSL verhaftet werden. Obwohl die Polizei Berichten zufolge die meisten der 53 verhafteten Aktivisten, einschließlich des US-Bürgers, wieder freigelassen hat, sind weitere Verhaftungen und polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der NSL in der kommenden Woche weiterhin möglich.

Es ist unwahrscheinlich, dass die jüngsten Verhaftungen zu einer unmittelbaren Zunahme größerer öffentlicher Demonstrationen führen werden, obwohl kurzfristige kleinere Versammlungen in der kommenden Woche möglich bleiben. Dies vor allem deshalb, weil unter den lokalen Aktivistenkreisen weiterhin erhebliche Spannungen herrschen. Aktivisten verlassen sich weiterhin auf Online-Kanäle, um die Aufmerksamkeit auf bestimmte emotionsgeladene Themen zu lenken, wie z.B. die NSL-Vollstreckungsmaßnahmen, einschließlich der jüngsten Verhaftungen. Es gab in letzter Zeit auch eine wachsende Besorgnis in Aktivistenkreisen über die wahrgenommene polizeiliche Kontrolle und die damit verbundenen regulatorischen Maßnahmen gegen aktivistenbezogene Webseiten und Social-Media-Inhalte.

Zusammengenommen sollte die Entwicklung der NSL-bezogenen regulatorischen Entwicklungen Organisationen dazu zwingen, notwendige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, einschließlich einer robusten Risikobewertung und eines

Freigabeprozesses für alle potenziell sensiblen Aktivitäten. Dies berücksichtigt die umfassenden Bemühungen der Behörden, die nationale Sicherheit betreffende Angelegenheiten über die Online-Prüfung potenziell problematischer Inhalte sowie über die direkte Zusammenarbeit mit Organisationen und der breiten Öffentlichkeit anzugehen.

Mitarbeiter in Hongkong sollten vorsichtshalber alle Versammlungen meiden, auch um nicht in Polizeieinsätze und die Durchsetzung der COVID-19-Regeln zur sozialen Distanzierung verwickelt zu werden. Jedes Handgemenge zwischen Polizei und Demonstranten oder hartes Vorgehen der Demonstranten kann zufällige Risiken für Umstehende mit sich bringen. Inmitten erhöhter Spannungen bleiben vereinzelte Fälle von Hardline-Aktionen gegen die Polizei und ihre Einrichtungen möglich, die ein zufälliges Risiko für umstehende Personen darstellen. Weitere Versammlungen können in stark frequentierten Bereichen von Central Kowloon und Hongkong Island stattfinden. Dazu gehören Einkaufszentren und -viertel, MTR-Stationen, öffentliche Wahrzeichen und Regierungsgebäude wie Polizeistationen und Gerichtsgebäude, insbesondere solche, die mit hochkarätigen Polizeifällen oder Gerichtsverfahren in Verbindung stehen.

Indien

Keine Einigung im Konflikt um Landwirtschaftsgesetze

Die Proteste von Bauernverbänden gegen neue Landwirtschaftsgesetze werden diese Woche fortgesetzt, da die Gespräche zwischen den Demonstranten und der Regierung festgefahren sind. Die nächste Gesprächsrunde ist für den 15. Januar angesetzt, eine Lösung scheint jedoch unwahrscheinlich, da beide Seiten nicht zu Kompromissen bereit sind.

Die Proteste werden sich weiterhin auf die National Capital Region (NCR) konzentrieren, welche die Hauptstadt Neu-Delhi und Teile der Bundesstaaten Haryana und Uttar Pradesh umfasst. Landwirte blockieren weiterhin verschiedene Grenzübergänge zwischen Neu-Delhi und der weiteren NCR, was den Verkehr von und nach Ghaziabad, Noida (Uttar Pradesh) und Gurgaon (Haryana) erheblich beeinträchtigt. Die Polizei wird nicht eingreifen, solange die Proteste friedlich bleiben; es ist jedoch wahrscheinlich, dass sie alle Gruppen, die aus anderen Gebieten zu den

aktuellen Protestorten an den Grenzen der Hauptstadt marschieren, gewaltsam auseinandertreiben wird. Jede damit verbundene Störung würde ein zufälliges Risiko für Umstehende darstellen.

Die Bauern haben damit gedroht, die Demonstrationen in den kommenden Wochen zu intensivieren, einschließlich eines Marsches nach Neu-Delhi am 26. Januar (Tag der Republik), obwohl genaue Details noch nicht bekannt gegeben wurden. Demonstrationen in Solidarität mit den Bauern könnten auch in anderen großen städtischen Zentren wie Chennai (Tamil Nadu), Hyderabad (Telangana) und Mumbai (Maharashtra) stattfinden. Die meisten solcher Versammlungen werden friedlich verlaufen, aber lokal begrenzte Störungen verursachen.

Führungskräfte sollten die Entwicklungen über ihre lokalen Ansprechpartner verfolgen und sicherstellen, dass alle protestbezogenen Informationen rechtzeitig an die Mitarbeiter weitergegeben werden. Mitarbeiter sollten vorsichtshalber alle Demonstrationen meiden und sich vor der Abreise über den Status der Routen vergewissern, insbesondere in der NCR und zusätzliche Zeit für Fahrten einplanen.

Nord- und Südamerika

Vereinigte Staaten von Amerika

Anhaltende politische Krise beeinflusst das Sicherheitsumfeld

Eine anhaltende politische Krise wird sich in dieser Woche negativ auf das Sicherheitsumfeld auswirken. Die kommenden Tage werden von den Nachwirkungen der Ereignisse vom 6. Januar geprägt sein, als Hunderte von Anhängern des Präsidenten Donald Trump die Sicherheitsvorkehrungen überwandern und das US-Kapitol-Gebäude in der Hauptstadt Washington (DC) stürmten. Der Sicherheitsverstoß ereignete sich, als der Kongress zusammentrat, um die Ergebnisse der Wahl vom November 2020 zu bestätigen, wobei der Herausforderer Joe Biden als gewählter Präsident bestätigt wurde. Von weiteren Demonstrationen ist in dieser Woche in Washington (DC) und bundesweit auszugehen.

Senatoren und Mitglieder des Kongresses waren gezwungen, das US-Kapitol während des Aufbruchs am 6. Januar zu evakuieren. Allerdings sind die Gesetzgeber später wieder zusammengekommen und bestätigten die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen. Video- und Fotoaufnahmen des Aufstands zeigen Demonstranten, die mit Waffen, Kabelbindern – die vermutlich als Handschellen für Geiseln verwendet werden sollten – und anderen Gegenständen ausgestattet sind, die auf gewalttätige Absichten schließen lassen. Demonstranten konfrontierten Capitol Hill Polizei Offiziere rund um den Komplex Perimeter als auch im Inneren des Gebäudes selbst.

Mindestens fünf Menschen wurden während der Unruhen am 6. Januar getötet. Ein Demonstrant, der versuchte, Zugang zum Plenarsaal des Repräsentantenhauses zu erlangen, wurde von einem Polizisten in Zivil auf dem Capitol Hill tödlich angeschossen. Drei weitere Demonstranten starben an nicht näher bezeichneten "medizinischen Notfällen", während ein Capitol Hill-Polizist, der von Demonstranten angegriffen wurde, später seinen Verletzungen erlag.

Mehr als 60 Polizeibeamte wurden verletzt, während mehr als 80 Personen bisher aufgrund von Anschuldigungen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen verhaftet wurden. Die Behörden entdeckten auch Rohbomben, die in der Nähe der

Büros des Demokratischen und des Republikanischen Nationalkomitees hinterlassen wurden und entsorgten diese sicher.

Die Sicherheitsvorkehrungen werden in dieser Woche in der Hauptstadt und rund um wichtige Regierungsgebäude, einschließlich der Hauptstädte der Bundesstaaten, streng sein. Demonstrationen können rund um solche Standorte in dieser Woche erwartet werden, vor allem, wenn die wachsende Bewegung Trump des Amtes zu entheben parteiübergreifende Dynamik annimmt. Als sich die Geschehnisse in Washington (DC) am 6. Januar begaben, fanden mehrere ähnliche Demonstrationen in den Hauptstädten der Bundesstaaten im ganzen Land statt, darunter Atlanta (Georgia), Denver (Colorado), Lansing (Michigan), Olympia (Washington), Sacramento (Kalifornien), Salem (Oregon), St Paul (Minnesota) und Topeka (Kansas).

Berichte in den sozialen Medien legen nahe, dass am 17. Januar eine Pro-Trump-Kundgebung in Washington (DC) stattfinden könnte. Trotz erhöhter Sicherheitsvorkehrungen in der Stadt ist mit Unruhen zu rechnen, einschließlich örtlich begrenzter Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei und/oder Gegendemonstranten. Mitarbeiter in betroffenen Gebieten sollten aufgrund des glaubhaften Risikos von Unruhen Reisen planen, die solche Veranstaltungen meiden. Unternehmen sollten Notfallkanäle öffnen und ihren Mitarbeitern Pläne für die Arbeit von zu Hause aus und andere Business Continuity Pläne mitteilen. Beobachten Sie unsere US-Warmmeldungen für weitere Informationen und Empfehlungen im Laufe der Woche.